

In den letzten Jahren haben die "Gehirnwäscher" vor allem von links, die Euro-Turbos und die Eliten, denen die direkte Demokratie im Weg steht, ständig versucht, uns davon zu überzeugen, dass die Schweiz in allen Belangen ein "ganz normales" Land geworden sei und dass eine Sonderstellung im Zeitalter der Globalisierung nicht nur nicht mehr angebracht sondern vor allem für das Land schädlich sei. Da die direkte Demokratie es den selbsternannten Eliten und Besserwissern schwer macht, ihre "natürliche Überlegenheit" jederzeit geltend zu machen und da sie gleichzeitig ein grosses Hinderniss für einen Beitritt in die EU darstellt, wird immer wieder versucht, die direkte Demokratie als "Herrschaft des Pöbels" (Ausspruch an einer CVP-Versammlung!) darzustellen und das föderalistische System als rückständig und als unnötige Bremse für den Fortschritt zu verdammen.

Der folgende Artikel zeigt auf, dass sowohl die historisch gewachsene direkte Demokratie als auch der Föderalismus, trotz gewisser Nachteile, dem Bürger einen hohen Grad an Freiheit und Mitwirkung verschaffen, von welchem die Bürger anderer Staaten nur träumen können. Es hat sich auch gezeigt, dass trotz der direkten Einflussnahme der Stimmbürger auf Sachfragen keine extremen Beschlüsse gefasst werden und die Bürger viel Selbstverantwortung zeigen. In welchem Land käme es sonst vor, dass Bürger für längere Arbeitszeiten stimmen, wie das vor noch nicht allzu langer Zeit passiert ist.

Kleines Land mit grosser Wirkung

Die Schweiz - wie sinnvoll ist der Sonderfall im Zeitalter der Globalisierung?

Von Paul Widmer

Die Schweiz als «Sonderfall» ist in Verruf geraten. Die Ideologie der Abgrenzung, die im Rahmen der geistigen Landesverteidigung bis 1989 legitim war, scheint im Zeitalter der Globalisierung obsolet geworden zu sein. Und doch verkörpert die Schweiz mit ihrer Idee des Vorrangs von Freiheit und Selbstverantwortung eine besondere Art von Staatswesen und politischer Kultur. Diese Idee ist es wert, selbstbewusst vertreten zu werden.

Die Schweiz ist ein Sonderfall - oder sonst keine Schweiz. Warum? Mit ihrer direkten Demokratie ist sie, ob man es will oder nicht, anders als die parlamentarischen Demokratien. Auch hebt sie sich mit ihrem prononcierten Föderalismus, ihrer Neutralität und der sprachlich-kulturellen Vielfalt von den anderen Staaten ab. Wenn man von Neutralität spricht, kommt überall auf der Welt zuerst die Schweiz in den Sinn. Sie bildet den Inbegriff eines neutralen Staates. Ähnlich verhält es sich mit der direkten Demokratie. Auf welches andere Land könnte man denn sonst verweisen? Auch unser Föderalismus mit seiner starken Gemeindeautonomie und das Zusammenleben von verschiedenen Sprachgemeinschaften haben Modellcharakter. Die direkte Demokratie, der Föderalismus, die Neutralität und die sprachlich-kulturelle Vielfalt: Diese vier Säulen bilden zusammen den Sonderfall.

Ein einzigartiges Gedankengut

Die Schweiz ist nicht ein Sonderfall, weil es sich einfach so ergeben hat. Sie hat vielmehr ihr Staatswesen seit ihrer Gründung bewusst nach bestimmten Grundsätzen gestaltet. Diese beruhen auf dem Vorrang von Freiheit und Selbstverantwortung. Das Streben nach staatlicher Macht und Grösse, ein äusserst wichtiger Faktor bei der Staatsbildung in den Nachbarländern, spielte dagegen eine untergeordnete Rolle. Die Eidgenossen schworen nicht, wie im Mittelalter üblich, einem adligen Herrscher Treue, sondern sie nahmen den Schutz und Trutz in die eigenen Hände. Sie schworen den Eid sich selbst. Das war erstaunlich - und noch erstaunlicher, dass sie sich inmitten der Adelswelt zu behaupten wussten.

Mit der Zeit erwachsen, da die Grundsätze nachhaltig umgesetzt wurden, helvetische Tugenden wie Einvernehmlichkeit, Bedächtigkeit oder Sparsamkeit in öffentlichen Dingen. Es entstand eine eigene politische Kultur. Diese ist gekennzeichnet durch ein hohes Bürgerengagement, den Vorrang von Konsensverfahren und eine bemerkenswerte Zurückhaltung in aussenpolitischen Angelegenheiten. Doch das entscheidende Kriterium ist die Freiheit. Die Schweiz als Sonderfall steht und fällt mit dem Grad an Freiheit und Mitwirkung, den sie ihren Bürgern verschafft. Die Freiheit muss, um die eigenständige Existenz zu rechtfertigen, höher sein als in den Ländern ringsum. Sollte dies nicht mehr zutreffen, dann hätte sich der Sonderfall Schweiz überlebt.

Die Schweiz steht also für ein bestimmtes Gedankengut. Ihr Name repräsentiert eine Idee, ihre Existenz veranschaulicht eine besondere Art von Staatswesen und politischer Kultur. Sie verwirklicht wie kein anderes Land eine bürgerzentrierte Ordnung, eine Republik von unten her aufgebaut, eine Demokratie, in der der Bürger über mehr Rechte verfügt als anderswo. Falls sie das nicht mehr tut, würde sie gewiss nicht untergehen. Aber sie wäre nicht mehr das, was sie war. Sie hätte wohl den Namen behalten, jedoch die Sache verloren. Eine solche Schweiz hätte mit der ursprünglichen etwa gleich viel gemein wie das heutige Athen mit dem antiken. Das alte Athen, die Wiege der Demokratie, steht bis heute für eine Idee. Es ist das Paradebeispiel für einen demokratischen Staat. Das heutige Athen dagegen hat die Idee verwirkt. Gewiss prosperiert die moderne Metropole, sie ist weiterhin die Hauptstadt Griechenlands, doch sie verkörpert nichts mehr. Sie hat die Lust und die Last der Repräsentation eingeübt.

Natürlich ist die Schweiz nicht in allem und jedem ein Sonderfall. In den meisten Belangen ist sie keiner. Die Schweizer leben und arbeiten wie ihre Nachbarn jenseits der Landesgrenzen. Wer in Basel, Genf oder Chiasso über die Grenze fährt, kann kaum sagen, auf welcher Seite er sich befindet. Friede und Wohlstand herrschen ringsum. Dass sich der nationalistisch zerrissene Kontinent nach dem Zweiten Weltkrieg zum europäischen Einigungsprozess aufraffte, ist das Beste, was passieren konnte. Die EU ist ohne Zweifel ein positiver Faktor.

Mit guten Gründen beteiligt sich die Schweiz konstruktiv an der Lösung internationaler Probleme und am Aufbau Europas - im gemeinsamen wie im eigenen Interesse. Nicht nur die rund zwanzig bedeutsamen bilateralen Verträge mit der EU belegen dies, das Schweizervolk selbst bezeugte es mehrmals eindrücklich an der Urne. Zuletzt beschloss es mit komfortabler Mehrheit, den Arbeitsmarkt für die Osteuropäer zu öffnen und die Osterweiterung der EU mit einer Milliarde Franken zu unterstützen. Solches Verhalten stellt die europäische Zusammenarbeit auf ein solides demokratisches Fundament. Auch verbindet es Eigenständigkeit mit Grosszügigkeit. Und das ist unabdingbar. Wenn die Schweiz den Sonderfall aus Überzeugung pflegen will, dann muss sie ihn mit Grosszügigkeit paaren. Denn kleinliche Sonderlinge mag niemand. Sie gewinnen keinen Respekt.

Aber die Einsicht in die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit darf nicht dazu führen, dass man nun das, was die Schweiz von anderen Staaten unterscheidet, geschichtsblind verkennt. Denn im Staatswesen und in der politischen Kultur besteht ein grosser Unterschied. Und dieser zeitigt weitreichende Konsequenzen. Meines Erachtens ist ein EU-Beitritt einer Schweiz mit umfassenden direktdemokratischen Rechten nicht möglich. Der Hauptgrund liegt im Folgenden: Das Schweizer Staatswesen ist stark von direktdemokratischen Rechten geprägt, die EU hingegen ist das Produkt von Regierungsverhandlungen. Die Schweiz ist, so könnte man sagen, von unten her aufgebaut, die EU von oben. Das eine lässt sich mit dem andern letztlich kaum vereinen.

Wahrung der Volksrechte

Wie es ergeht, wenn man die beiden Sphären vermischt, illustrierte die EU-Verfassungskrise nach dem gescheiterten Grundlagenvertrag von Nizza. Die Franzosen und die Niederländer

hatten das Vertragswerk an der Urne abgelehnt. Seither sind die Regierungen in fast allen Ländern peinlichst darauf bedacht, den mit einigen Änderungen neu aufgelegten Vertrag, nun Vertrag von Lissabon genannt, nicht mehr dem Volk vorzulegen. Wie käme es heraus, wenn die Schweizer, wie gewohnt, immer wieder über Sachfragen abstimmen wollten? Eines ist sicher: Ein Beitritt der Schweiz unter Wahrung der Volksrechte dürfte den Ausbau der EU enorm komplizieren, ein Beitritt unter weitgehendem Verzicht aber bedeutete das Ende einer Schweiz, wie wir sie kennen. Weder das eine noch das andere ist wünschenswert.

Dennoch ist die Schweiz durchaus in der Lage, sich den internationalen Herausforderungen zu stellen, auch als Sonderfall. Ja, im hart umkämpften Globalisierungswettbewerb gewinnt sie dadurch sogar einen Startvorteil. Denn ihre Tätigkeit wird im Ausland nicht zuletzt deshalb geschätzt, weil sie Eigenständiges zu bieten hat. Weltoffenheit und Eigenständigkeit schliessen sich nicht aus. Zwar wird dies immer wieder behauptet. Aber die Schweiz beweist gerade das Gegenteil. Sie kapselt sich keineswegs ab. Vielmehr ist sie äusserst vernetzt. In allen Ranglisten, die den Globalisierungsgrad von Nationen festhalten, nimmt sie einen Spitzenplatz ein. Sonderfall und Weltoffenheit ergänzen einander häufig. Gerade das, was den Sonderfall ausmacht, namentlich die direkte Demokratie, der Föderalismus und die Mehrsprachigkeit, fördert die kosmopolitische Offenheit. Dazu drei Thesen.

Erste These: Die Schweiz ist offener, weil sie eine direkte Demokratie ist. Die politischen Rechte regen die Stimmbürger an, sich mit Sachfragen auseinanderzusetzen. Die Schweizer sind im Allgemeinen gut informiert - besser als die Durchschnittsbürger in andern Ländern. Vor jeder Abstimmung sind sie gezwungen, Argumente abzuwägen. Die Auseinandersetzung mit den Abstimmungsvorlagen fördert das politische Interesse und das kritische Urteil. Es aktiviert die Bürger. Nicht umsonst weist die Schweiz ein besonders dichtes Netz an zivilgesellschaftlichen Organisationen auf. Die Bürger greifen auch selbst Themen auf, die ihnen unter den Nägeln brennen. Sie reagieren oft rascher als ein Parlament. Die Schweizer debattierten den Umweltschutz schon intensiv, als die Parlamente anderer Länder davon noch kaum Notiz nahmen. Offenheit hat viel mit der Bereitschaft zu tun, sich mit etwas argumentativ auseinanderzusetzen. Das Schweizer System fördert diese Anlage.

Vergleichen, abwägen, lernen

Zweite These: Die Schweiz ist offener, weil sie föderalistisch ist. Zweifellos hat der Föderalismus viele Nachteile. Er ist schwerfällig, entzieht sich gern der Systematik und behindert die Effizienz. Aber er weist auch einen unschätzbaren Vorteil auf: Er verweigert sich der Einheitlichkeit und bietet stets mehrere Handlungsvarianten an. Für ihn gibt es nicht bloss eine einzige Art, wie man ein Problem lösen kann, sondern mehrere. Im Föderalismus kann man verschiedene Varianten vergleichen. Das erhöht die Chance, dass man die beste Lösung findet. Föderalistisch denken heisst: respektieren, vergleichen, abwägen, lernen. Man übt gewissermassen im nationalen Rahmen, was man im globalisierten Zeitalter universell anwenden sollte. Der Föderalismus fördert die geistige Offenheit.

Dritte These: Die Schweiz ist offener, weil sie eine Willensnation ist. In einer Willensnation müssen die Bürger ihren Willen zum Zusammenleben immer wieder bekräftigen. Das geschieht, indem sie die politischen Rechte ausüben und den gemeinsamen Staat mit neuen Inhalten legitimieren. Ernest Renan sagte, die Demokratie sei ein tägliches Plebiszit. Auf die Schweizer Demokratie trifft dies mehr zu als auf jede andere Form von Demokratie. Denn sie verfügt nicht wie die Sprach- oder Kulturnation sozusagen über ein natürliches Substrat. Die verschiedenen Sprachgemeinschaften müssen ihren Willen zur Nation immer wieder von neuem bezeugen. Eine Willensnation ist dynamisch angelegt, eine Sprach- oder Kulturnation dagegen eher statisch. Auch sonst hat die Offenheit viel mit der Mehrsprachigkeit zu tun. Abgesehen vom Rätoromanischen gehören die Landessprachen drei grösseren Sprach- und Kulturräumen an. Mit ungezwungener Selbstverständlichkeit nehmen die Schweizer an diesen drei Kulturräumen

teil. Sie grenzen sich nicht mit einer Nationalsprache ab. Vielmehr öffnen ihnen die Sprachen den Weg nach aussen. Der geistige Austausch über die Landesgrenzen hinweg ist ins Schweizer Staatswesen eingebaut.

Sonderfall als «soft power»

In Zukunft dürfte die Schweiz wohl noch weltoffener, weltwirtschaftlich noch verflochtener werden. Nichts steht dem entgegen. Dank ihrem Sonderfall ist sie dazu gut gerüstet. Gerade der vielgeschmähte Föderalismus hält mit seinem Variantenreichtum geistig fit. Man kann im Inneren üben, was man nach aussen beweisen muss.

Die Schweiz hat mit ihrem eigenständigen Denken und Handeln eine eigene politische Kultur hervorgebracht. Im Allgemeinen wird die kulturelle Vielfalt geschätzt und als Bereicherung empfunden. Das sollte jedoch nicht nur im artistischen Bereich gelten. Auch die politische Kultur profitiert vom Wettbewerb der Ideen - unter der Voraussetzung freilich, dass die Ideen auf einer einwandfreien ethischen Grundlage beruhen. Mit ihrem Sonderfall leistet die Schweiz einen namhaften Beitrag dazu. Das wird auch im Ausland, insbesondere ausserhalb Europas, anerkannt. Kishore Mahbubani, der Dekan der Lee-Kuan-Yew-Schule für Politikwissenschaft in Singapur, einer der führenden Intellektuellen Südostasiens, meint: Die Schweiz ist ein kleines Land. Sie ist keine Grossmacht. Aber sie hat enorm viel soft power. Mit einem gut geordneten Staatswesen, mit einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik und mit einem grossen Einsatz für das humanitäre Völkerrecht setzt sie Standards, die international als vorbildlich gelten. Er hoffe, die Schweiz werde diese einzigartige Rolle auch in Zukunft wahrnehmen.

Tatsächlich hat die Schweiz staatspolitische Ideen verwirklicht, wie man sie in dieser Art nirgends sonst umgesetzt findet. Und das Resultat darf sich sehen lassen: ein tief demokratisches, auf der Gemeindeautonomie fussendes Gemeinwesen, eine auf Ausgleich bedachte Gesellschaft und eine blühende Wirtschaft. Damit lebt sie vor, wie eine staatliche Existenz, die sich um Freiheit und Selbstverantwortung des Bürgers bildet, aussehen kann. Mit ihrem Sonderfall bereichert und ergänzt sie die Staatenwelt. Das zu tun, dürfte sich auch in Zukunft lohnen.

Paul Widmer, Botschafter und Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg, hat jüngst ein Buch zum Thema veröffentlicht: Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen - Geschichte - Gestaltung. NZZ-Verlag, Zürich 2007. 250 S., Fr. 45.-.